

Das Bauhaus als Transformationsgestalter

Postwachstumsansätze in Ostdeutschland nach der Wende – zwischen falschem Wachstum und ungewolltem Nichtwachstum

Heike Brückner

In den Umbrüchen nach der Wende in Ostdeutschland entstanden Räume und Initiativen, die alternative Ansätze einer nachhaltigen und eigenständigen Regionalentwicklung auf den Weg brachten: Postwachstumsinitiativen, die nur noch nicht so hießen. Vieles wurde erprobt, was heute als Postwachstumsansatz diskutiert wird. Das Bauhaus in Dessau hat sich seit den 1990er Jahren als eine Institution erwiesen, die mit gestalterischen und kulturellen Mitteln wichtige Impulse in diesen Transformationsprozess hineingegeben hat. Als Thinktank und Gestaltungsinstitution wurde Wissen zu aktuellen Fragen einer »anderen Moderne« akkumuliert, wurden Bilder und Erzählungen des Wandels produziert und mit ganz konkreten Interventionen reale Veränderungen herbeigeführt. In einer – rückblickend – erstaunlichen Kontinuität wurden Prozesse von Veränderung im Sinne des Postwachstumsansatzes gestaltet, die beispielgebend sind für andere Städte, Landschaften und Regionen. Dies zu reflektieren und daraus einen Ausblick zu wagen, welche Rahmenbedingungen, (Planungs-)Instrumente und Infrastrukturen die Herausbildung einer Postwachstumsökonomie unterstützen können, soll in diesem Beitrag und am Beispiel einer ostdeutschen Region geschehen, der Region Dessau-Wittenberg-Bitterfeld.

Bauhaus und Postwachstum

Mitten in den Wendewochen im Herbst 1989 startete das Bauhaus in Dessau ein Projekt, das unter dem Namen »Industrielles Gartenreich« Ansätze einer Postwachstumsökonomie verfolgte. Nur damals hieß es noch nicht so, und es gab diesen Begriff noch nicht. Damals ging es um ein Konzept für eine Regionalerneuerung, welche die endogenen Potenziale der Region heben und nutzbar machen wollte und dem Anspruch der Nachhaltigkeit folgte. Ziel war eine »Ökologische Modellregion«, und zwar vor der Haustür des Bauhauses, im Städtedreieck Dessau-Wittenberg-Bitterfeld.

Im sogenannten »Walter-Gropius-Seminar« wurde diese Idee geboren. Das Gropiusseminar begann am 4. November 1989, dem Tag der Kundgebung auf dem »Alex«, und endete mit dem Mauerfall am 9. November 1989 – angesichts der rasanten Umbrüche stiegen die Hoffnungen auf eine Erneuerung der Region, mit der zugleich die katastrophalen ökologischen Zustände beendet werden konnten, mit der man sich um das kulturelle Erbe kümmerte, die Innenstädte nicht weiter verfallen ließ und mit Architektur, Landschaftsgestaltung und Stadtplanung eine lebenswerte Umwelt gestaltete.

Der Begriff des »Industriellen Gartenreichs« brachte zwei historische Reformansätze der Region gedanklich und räumlich zusammen: das Gartenreich der Aufklärung und die Moderne mit Bauhaus und Industriekultur. Aus der Beschäftigung mit diesem Reformerbe entstand ein Denkraum, in welchem Ansätze für die aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen des zu Ende gehenden Industriealters erarbeitet werden konnten. Die »Grenzen des Wachstums« des Club of Rome (1972) und der Brundtland-Bericht »Unsere gemeinsame Zukunft« (1987) wurden auch in der DDR gelesen (1988 vom Staatsverlag der DDR als Buch herausgegeben) und bildeten die Folie für den auf Nachhaltigkeit und ökologische Verbesserung zielenden Modellansatz.

Die Analogie zum Reformanspruch des historischen Bauhauses, das in einer Umbruchssituation nach dem Ersten Weltkrieg entstanden war, war schnell hergestellt: Mit dem Ende der DDR wurde wieder eine »historische Umbruchssituation« ausgemacht, die Reformen verlangt und Reformen möglich machen sollte.

Ja, Sie haben richtig gelesen: Das Konzept für dieses Programm einer eigenständigen – nachhaltigen – Regionalentwicklung wurde am Bauhaus Dessau entworfen. Das Bauhaus existierte seit Mitte der 1980er Jahre wie-

der als Gestaltungsinstitution, als »Zentrum für Gestaltung«, wie es offiziell hieß. Tastend suchte man in der Anfangszeit nach Gestaltungsräumen, um mit planerischen und gestalterischen Lösungen auf Veränderungen hinzuwirken – trotz der politischen Vorgaben, wie dem Wohnungsbaprogramm der DDR, aber auch den Dilemmata wie dem Verfall der Innenstädte, den katastrophalen Umweltproblemen und einer ineffizienten Wirtschaft. Von Designworkshops über Architekturprojekte, die sich mit Verbesserungen des industriellen Wohnungsbaus beschäftigten, bis zu städtebaulichen Themen wurden konkrete Gestaltungsfragen der DDR-Gesellschaft verhandelt.

Und – auch das sei erwähnt – seit 1987 gab es wieder Student*innen am Bauhaus, die von den Hochschulen mit gestaltenden Disziplinen (Weimar, Berlin, Halle, Dresden) ans Bauhaus »delegiert« wurden und in die neuen Gestaltungsprojekte des Bauhauses einbezogen waren.

Dieses Selbstverständnis des »neuen« Bauhauses, sich als Thinktank für Zukunftsfragen zu sehen, fand Eingang in das Gesetz zur Stiftungsgründung im Jahr 1994. Dort werden neben der Pflege des kulturellen Erbes und Bildungsaufgaben auch »Gestaltungsbeiträge für die heutige Lebensumwelt« als Stiftungsziel genannt.¹ Entsprechend dieser drei Stiftungsziele gibt es drei Abteilungen: die Sammlung, die Akademie und die Werkstatt. Die Arbeitsweise in Akademie und Werkstatt war von Anfang an interdisziplinär angelegt und vereinte Leute aus Architektur, Städtebau, Landschafts- und Regionalplanung, Soziologie im Verbund mit Kulturwissenschaftler*innen, Kunsthistoriker*innen, Künstler*innen.

Was würde Gropius, was würden die Bauhäusler*innen heute tun, war eine beliebte rhetorische Frage, um über die aktuellen Gestaltungsaufgaben in die Diskussion zu kommen. War das Bauhaus in den 1920er Jahren in eine wachsende, aufstrebende Industriestadt gekommen mit neuen Aufgaben beim Siedlungsbau, im seriellen Design und in der Stadtentwicklung, ist es in der Gegenwart mit den Herausforderungen des postindustriellen Wandels konfrontiert. So wie das historische Bauhaus Beiträge zur Veränderung der Gesellschaft in der Hoch-Zeit der Industrialisierung geleistet hat, ist es in der heutigen Zeit aufgerufen, Beiträge zu bringen, wie mit den Problemen am Ende der Industrialisierung umzugehen ist. Mit sogenannten »Langzeitprojekten«, die jeweils etwa auf zehn Jahre angelegt waren, wurden seit 1989

¹ Gesetz über die Errichtung der Stiftung Bauhaus Dessau vom 9. Februar 1994. In: GVBl LSA Nr. 8/1994.

Themen bearbeitet, die aktuelle und brisante Aufgaben sowie Diskurse aufgriffen – und damit immer auch hochpolitisch waren.

- »Industrielles Gartenreich« (1989–1999)
Projekte für eine nachhaltige und eigenständige Regionalentwicklung in der Region Dessau-Wittenberg-Bitterfeld
- »IBA Stadtumbau 2010« (2002–2010)
Forschung, Expertisen und Praxiserfahrungen für Planung ohne Wachstum
- »Postfossile Raumgestaltung« (2010–2014)
Szenarien und Experimente zu Stadt, Klima, Landschaft mit den Modellprojekten: Energielandschaften 3.0/Aktive Mobilität/»Produktive StadtLandschaften«

Mit dem Blick zurück – und aus der Perspektive des Postwachstumsdiskurses heraus – kann man sagen: In allen drei Projektphasen wurden wachstumskritische Positionen bezogen und Strategien für alternative räumliche Entwicklungspfade jenseits des Wachstums herausgearbeitet. Es wurden Perspektiven für eine räumliche Entwicklung aufgemacht, welche auf Nachhaltigkeit, Regionalität und einen neuen Arbeitsbegriff setzte, bei welchem wiederum Selbstverwirklichung, Kreativität und Schöpfertum genauso wichtig waren wie Produktivität und Sicherung des Lebensunterhalts.

Wichtig war dabei von Anfang an, nicht nur in Konzepten und Szenarien zu denken, sondern mit konkreten Projekten sichtbar zu machen – zu erproben –, wie es anders gehen kann, also Suchprozesse anzustoßen und sich auf eine gemeinsame Lösungssuche zu begeben, dabei konkrete Projekterfahrungen zu sammeln, damit es für den einzelnen Menschen nachvollziehbar wird, den abstrakten Kanon verlässt und die eigene Lebenswelt berührt. Menschen, die auf diese Weise einbezogen sind, werden selber zum Akteur und zur Akteurin.

Ein weiterer wichtiger Aspekt war die Institutionenbildung, sprich die Institutionalisierung neuer räumlicher Akteure. Wer verhandelt welche Ziele und wie? Die alten Institutionen taugen nicht für das Aushandeln künftiger Ziele. Mit Planungswerkstätten, Chartas, einem Ufervertrag für »die Goitzsche«, (Regional-)Foren, einem »Wassereinzugsgebietsmeister« oder zeitlich begrenzten Beiräten wurde ein ganzes Spektrum an »Aushandlungsgremien« entwickelt und praktiziert (zum Weiterlesen siehe Scurrell 2002).

Zwischenfazit

War es beim »Industriellen Gartenreich« die Transformation der altindustriellen REGION zwischen Dessau-Wittenberg-Bitterfeld, die den räumlichen Rahmen stellte, wurde im Rahmen der »IBA Stadtumbau 2010« die Transformation der STADT vor dem Hintergrund des demographischen Wandels in den Blick genommen. Die Szenarien einer postfossilen Raumentwicklung schließlich folgten der These von einem neuen STADT-LAND-Gefüge, in dem neue Raumbeziehungen hergestellt werden, mit mehr Dezentralität, Regionalität und Selbstermächtigung von Akteuren.

Postwachstumsansätze in den einzelnen Projektphasen

Das Bauhaus-Projekt »Industrielles Gartenreich« Für eine nachhaltige Stadt- und Regionalentwicklung

»Industrielles Gartenreich« und »Umwelt-Expo 2000« → Planung für eine nachhaltige Regionalentwicklung, Entwicklung und Erprobung von Methoden und Instrumenten einer eigenständigen Regionalentwicklung

Wachstum vs. Deindustrialisierung

Wenn man zu Beginn der 1990er Jahre als Planer*in über Nichtwachstum, eigenständige Regionalentwicklung und Nachhaltigkeit zu sprechen begann, stand man schnell im Abseits. Überall boomte es, Wachstum überall wurde gefordert (und gefördert!), schnelles Wachstum zudem. Vieles ist in dieser Zeit entstanden, worüber wir zwar auch froh sein können (Stichworte »Städtebaulicher Denkmalschutz« und »Sanierung der Innenstädte«), aber der »Aufbau Ost« trieb auch merkwürdige Blüten: riesige Gewerbegebiete und Einkaufszentren in den Peripherien und Speckgürteln der Städte, eine gigantische Suburbanisierungswelle, die mit dem Bau von neuen Wohnparks am Rande der Stadt einherging, der exorbitante Ausbau von Verkehrsinfrastruktur als Wirtschaftsförderungsmaßnahme, die Ausweisung – steuerlich geförderter – Einfamilienhausgebiete in den Peripherien, der Neubau von Spaßbädern, Freizeiteinrichtungen, Krankenhäusern jenseits jeglichen Bedarfs. Die Folgen kommen uns, nur wenige Jahre nach dieser Phase falschen Wachstums, mancherorts sehr teuer zu stehen. Ein extremes Beispiel: das Außerkraftsetzen von Planungsgesetzen, z. B. wenn in potenziellen

Überschwemmungsgebieten gebaut werden durfte, und wenn Siedlungen, die dort entstanden sind, heute schon wieder zurückgebaut werden müssen.

Diesem falschen Wachstum stand eine flächendeckende Deindustrialisierung gegenüber, die zugleich mit neuen ökologischen Fehlentwicklungen einherging. Statt in den Bestand zu investieren – und ihn damit zu sichern –, wurden sogar oftmals Vorgaben aus Naturschutz und Denkmalschutz ausgehebelt. Viele der neuen Investitionen führten zu Neuversiegelungen, Eingriffen in den natürlichen Wasserhaushalt und neuen Umweltschädigungen. Mit »Investitionserleichterungsgesetzen« beispielsweise wurden diese Maßnahmen politisch flankiert.

Im beruflichen Alltag hieß »Planen« dann vor allem erst einmal, Allianzen zu knüpfen, um gegen die Zerstörung von Landschaft oder baulichem Erbe zu kämpfen, Widerstand zu organisieren und Fehlentwicklungen zu vermeiden. Schnell war klar, dass mit den klassischen Planungsinstrumenten wie Flächennutzungsplänen oder Landschaftsrahmenplänen dem Druck von »falschen« Investitionen nicht zu begegnen war.

Angesichts des massiven Abbaus an Arbeitsplätzen und der Erkenntnis, dass es diese arbeitsintensiven Industrien in der Zukunft nicht mehr geben wird, war es wichtig und notwendig, dass eine Institution wie das Bauhaus auch über »Neue Arbeit« und neue Arbeitsplätze in einer deindustrialisierten Gesellschaft mit all den damit verbundenen Fragen nachgedacht und neue Sichtweisen und Konzepte entwickelt hat. In Entwicklungs- und Bildungswerkstätten wurde an neuen beruflichen Perspektiven und neuen Berufsbildern für eine »Ökonomie der Nachhaltigkeit« gearbeitet, in der neben der Erwerbsarbeit auch Eigen- und Gemeinwesenarbeit einen gleichberechtigten Stellenwert besitzen.

Beschäftigungszahlen der Filmfabrik Wolfen

| | |
|------------|--------|
| 31.12.1989 | 15.380 |
| 31.12.1990 | 11.500 |
| 01.11.1991 | 7.050 |
| 01.11.1992 | 3.796 |
| 01.11.1993 | 1.300 |
| 01.01.1994 | 964 |
| 01.09.1994 | 799 |

Quelle: Stein 1996: 190

Abb. 1: Protestdemonstrationen gegen die Stilllegung des Dessauer Waggonbau



Quelle: Jänicke, K.-D., Lokalanzeige Dessau vom 24.12.1994, IN: Stein, M. (1996): 193



Abb. 2:
Ausrangierter Bagger

Quelle: Stiftung Bauhaus
Dessau, Archiv Industrielles
Gartenreich, 1992

Abb. 3 Wunden in der Landschaft, Braunkohletagebau Goitzsche



Quelle: Brückner, Stiftung Bauhaus Dessau, 1995

Wie können an den Resten und Spuren einstiger industrieller Nutzung neue Entwicklungen in Gang gesetzt werden? Folgende Themen bildeten die programmatischen Eckpfeiler des Projekts »Industrielles Gartenreich«:

- »Neue Arbeit«
- eine ökologische Reparatur der Wunden, die die Industriegesellschaft hinterlassen hat
- die Wiedereinstellung ökologischer Kreisläufe
- der Umgang mit dem industriellen Erbe
- eine andere Ökonomie, die sich an Suffizienz orientiert

Was ist entstanden und wie wirkt es fort

16 Projekte sind im Zeitraum von 1989 bis 1999 entstanden, die als Versuchsfelder einer solchen nachhaltigen Regionalentwicklung angelegt waren: große und kleine, investive und kulturelle, bauliche und ideelle, spektakuläre und weniger aufregende Projekte. Vieles ist sichtbar geworden und hat eine eigene Dynamik bekommen, manches musste auf Eis gelegt werden und harrt der Wiederaufnahme. Vieles ist erfolgreich und wird heute als gelun-

gene Transformation gefeiert: die Baggerstadt FERROPOLIS, auch die Sanierung des Tagebaus Goitzsche.

Weniger bekannt ist, dass die denkmalgerechte Sanierung der Werksiedlung in Wittenberg-Piesteritz schon sehr früh mit einem Konzept für eine »autofreie Siedlung« einherging (und bis heute funktioniert). Oder dass es weitreichende Pläne dafür gab, das Dessau-Wörlitzer Gartenreich nicht nur als Touristenattraktion zu sehen, sondern von hier wieder Impulse für eine ökologische Landwirtschaftsreform ausgehen zu lassen. Oder dass in Sachsen-Anhalt schon sehr frühzeitig Vorrangzonen für Windenergie ausgewiesen wurden, um Perspektiven einer Versorgung mit erneuerbaren Energien nach dem Ende der Kohlekraftwerke aufzuzeigen. Der erste Windpark wurde 1999 in einer Sichtachse zum Braunkohlekraftwerk Zschörnewitz errichtet und geht mit auf das Engagement des Bauhauses für neue Wirtschaftsfelder nach der Kohle zurück.

Ziele wie ein langsam zu rekultivierender Tagebau ohne künstliches Fluten mit Flusswasser oder ein ökologischer Hochwasserschutz im Flusssystem von Elbe und Mulde konnten zwar politisch nicht durchgesetzt werden, stehen aber nach wie vor ganz oben auf der Agenda einer postwachstumsgeprägten Regionalentwicklung.

Im Jahr 1995 wurde das »Industrielle Gartenreich« als Korrespondenzstandort zur »Umwelt-Expo 2000« in Hannover aufgenommen. Das hat der Projektentwicklung einen deutlichen Schub gegeben – und überregionale Anerkennung gebracht. Mit den Ressourcen einer EXPO GmbH konnten viele Projekte professionell und mit Fördergeld realisiert werden.

Dabei wurde – auch das muss man sagen – manche Entwicklung, manches Projekt, das auf Behutsamkeit und eine langsame Wiederinkulturnahme ausgerichtet war, sehr schnell zum Event-Ort verwandelt und steht damit dem ökologischen Nachhaltigkeitsgedanken eher entgegen.

»IBA Stadtumbau 2010«

Less is more – Less is Future

Internationale Bauausstellung (IBA) Stadtumbau Sachsen-Anhalt 2010: Nicht-wachstum planen. Forschung, Expertisen und Praxiserfahrungen für Planung ohne Wachstum (u.a. Forschungsprojekt »Shrinking Cities«, IBA-Ausstellung »Weniger ist Zukunft«)

Nachdem in den 1990er Jahren ganze Landstriche durch den Zusammenbruch der alten Industrien deutlich sichtbar brachgefallen waren, schwachte Anfang der 2000er Jahre das Problem von Leerstand und Schrumpfung in die Städte hinein. Das Warnen der Planer*innen, dass mit dem – (steuerlich) geförderten – Neubau von Büro-, Wohn- und Geschäftshäusern, Einfamilienhaussiedlungen und Einkaufszentren ein Überhang an Wohn- und Gewerbeflächen geschaffen wird, für den es auf Dauer keinen Bedarf gibt und damit neue Probleme vorbestimmt sind, wurde bis dahin ignoriert.

Erst als die Wohnungswirtschaft unter Druck geriet und selbst wiederum Druck auf die Politik ausübt, kam es zu einer Veränderung. Es wurde eine Expertenkommission »Wohnungswirtschaftlicher Strukturwandel in den neuen Ländern« (bekannt auch als »Lehmann-Grube-Kommission«) einberufen. Sie prognostizierte einen Überhang von über einer Million leer stehender Wohnungen in Ostdeutschland. Die Politik reagierte und legte ein Förderprogramm auf, das »Bundesprogramm Stadtumbau Ost«.

Auf Initiative der »Stiftung Bauhaus Dessau« entschloss sich die Landesregierung von Sachsen-Anhalt, eine »Internationale Bauausstellung (IBA)« zum Thema Stadtumbau durchzuführen. Grundlage bildeten Untersuchungen und Studien der Werkstatt am Bauhaus, die das Thema Schrumpfung nicht als reines Abrissprogramm behandelten, um den Wohnungsmarkt zu bereinigen, sondern darin eine Chance sahen, den Paradigmenwechsel im Städtebau und in der Stadtentwicklung zu vollziehen, wenn es um mehr Nachhaltigkeit und weniger Ressourcenverbrauch geht.

Wie geht eine Planung ohne Wachstum? Welcher Instrumente und Methoden muss sich Planung bedienen, und welche Raummodelle hat das zur Konsequenz?

Mit der Gegenüberstellung von »Motorboot« und »Segelboot« wurde dafür ein eindrückliches Bild gefunden: Das »Motorboot« symbolisiert das alte System des ungebremsten, stetigen Wachstums. Mit dem Außenborder – also mit Investitionen von außen – kann ich jedes beliebige Ziel erreichen

und ich kann den Kurs dabei sehr eigenständig und zielgenau bestimmen. Wenn Investitionen von außen ausbleiben, muss Entwicklung – Vorwärtskommen – ganz anders organisiert werden, nämlich durch Ausnutzung vorhandener Ressourcen. Das symbolisiert das »Segelboot«. Der Kurs ist nicht geradlinig, sondern muss immer neu ausgerichtet und an die konkrete Situation angepasst werden. Die Passagiere im Boot sind Teil des Systems. Mit ihrem Handeln bringen sie das Boot immer wieder ins Gleichgewicht – und sie müssen dabei sehr wendig sein, sehr flexibel reagieren und sich an die Gegebenheiten anpassen.²

Klein- und Mittelstädte als Thema der IBA

Sachsen-Anhalt ist ein Bundesland, das auf der Deutschlandkarte des demographischen Wandels in ein dunkles Blau getaucht ist. Die Farbe Blau steht für Bevölkerungsverlust – und damit für Negativentwicklung, für Schrumpfung. Die beiden Großstädte Magdeburg und Halle ausgenommen, gibt es ausschließlich schrumpfende Räume. Schaut man sich das Siedlungsbild aber genauer an, ist es kein wüst oder leer gefallener Raum. Im Gegenteil: Es ist ein Raum, der von einer Vielzahl an kleinen Siedlungsstrukturen geprägt ist, die ein lebendig-bevölkertes Siedlungsnetz bilden mit Dörfern, kleinen Städten und Mittelstädten. Hier setzte die »IBA Stadtumbau« an. Sie richtete den Fokus genau auf jene Klein- und Mittelstädte, die oft auch wichtige Anker- und Haltepunkte für den ländlichen Raum sind. Mit Einwohnerzahlen zwischen 20.000 und 70.000 Einwohner*innen machen sie über die Hälfte der Gesamtbevölkerung Sachsen-Anhalts aus. Deutschlandweit leben etwa zwei Drittel der Gesamtbevölkerung in Klein- und Mittelstädten (BBSR 2017), eine Tatsache, die in den aktuellen politischen Auseinandersetzungen um den gesellschaftlichen Zusammenhalt weder qualitativ noch quantitativ angemessene und strategische Berücksichtigung findet noch in der Frage nach der Zukunft der Städte den ihr gebührenden Raum bekommt.

Diese schrumpfenden Klein- und Mittelstädte als Vorreiter einer nachhaltigen und postfossilen Stadtentwicklung zu sehen, machte schließlich einen der Kerngedanken dieser IBA aus, der in drei räumliche Zukunftszenarien mündete. Diese Zukunftsszenarien galten den Themen »Stadt«,

² Weniger ist Mehr. Experimenteller Stadtumbau in Ostdeutschland. Studie der Stiftung Bauhaus Dessau mit Philipp Oswalt und Klaus Overmeyer, Dessau 2001.

»Land(wirt)schaft«, »Klima und Energie«. Sie zielten auf ein neues Stadt-Land-Gefüge mit urbanen Cluster-Cities und Ruralen Republiken (MLV 2010).

Neue Akteure für eine nachhaltige Raumentwicklung gewinnen

Die klassischen Akteure standen diesen Veränderungen jedoch eher abwartend gegenüber und versuchten, ihre Besitzstände zu wahren. Neue Akteure mussten gefunden werden, die in den Umbauprozessen eine Chance sahen und mit Offenheit, Kreativität und neuen Ideen daran mitwirken wollten.

Dafür brauchte es eine andere Art von Planung. Eine Planung, die auf Einladung, Aktivierung und Ermöglichung zielt. Eine Planung, die hilft, Prozesse in Gang zu setzen und zu gestalten, auch wenn deren Ausgang noch offen ist, und die nicht mehr etwas vorgibt, was man nur noch umsetzen muss, sondern die auf eine schrittweise Inkulturnahme von brach gefallenen städtischen oder ländlichen Räumen zielt.

Sehr schön kann man das am Beispiel der Stadt Dessau sehen, wo eines der avanciertesten gesamtstädtisch angelegten Umbauvorhaben im Rahmen der IBA realisiert wurde. In der Stadt des Bauhauses war es naheliegend, dass Stadt und Stiftung gemeinsam neue Wege erproben. Neben einer langfristigen stadträumlichen Strategie nach dem Modell der Verinselung ging es um neue Formen der Bürgeraktivierung, die direkte Teilhabemöglichkeiten eröffneten. Eine »Planungswerkstatt Stadtumbau« wurde ins Leben gerufen, die einlud, neue – andere – Akteure in den Umbauprozess einzubinden, wie z. B. Träger kultureller Institutionen oder Initiativen, die Betreiber von Ver- und Entsorgungssystemen, Vereine oder Bürger*innen.

Korrespondierend dazu wurde der räumliche Maßstab »heruntergebrochen«. Die Stadt wurde symbolisch aufgepixelt. Im Rastermaß von 20×20 m entstanden Flächengrößen von 400 qm, was etwa der durchschnittlich kleinsten Grundstücksgröße entspricht. Diese Flächen wurden als Akteursflächen an Bürger*innen, Vereine, Unternehmen zur Inkulturnahme gegeben, sei es als Garten, als dreidimensionale Visitenkarte, zur Sport- und Freizeitnutzung usw. In Analogie zur Goldgräberstimmung im frühen Nordamerika wurden diese Flächen »Claims« genannt.

Claims sind wichtige Bausteine bei der Transformation des Raums, denn immer dort, wo eine Akteurin bzw. ein Akteur bereit ist, etwas Konkretes zu machen, müssen Eigentumsverhältnisse, Nutzungsverträge, konkrete

Abb. 4: *Bürger-Claims »400 qm Dessau«*



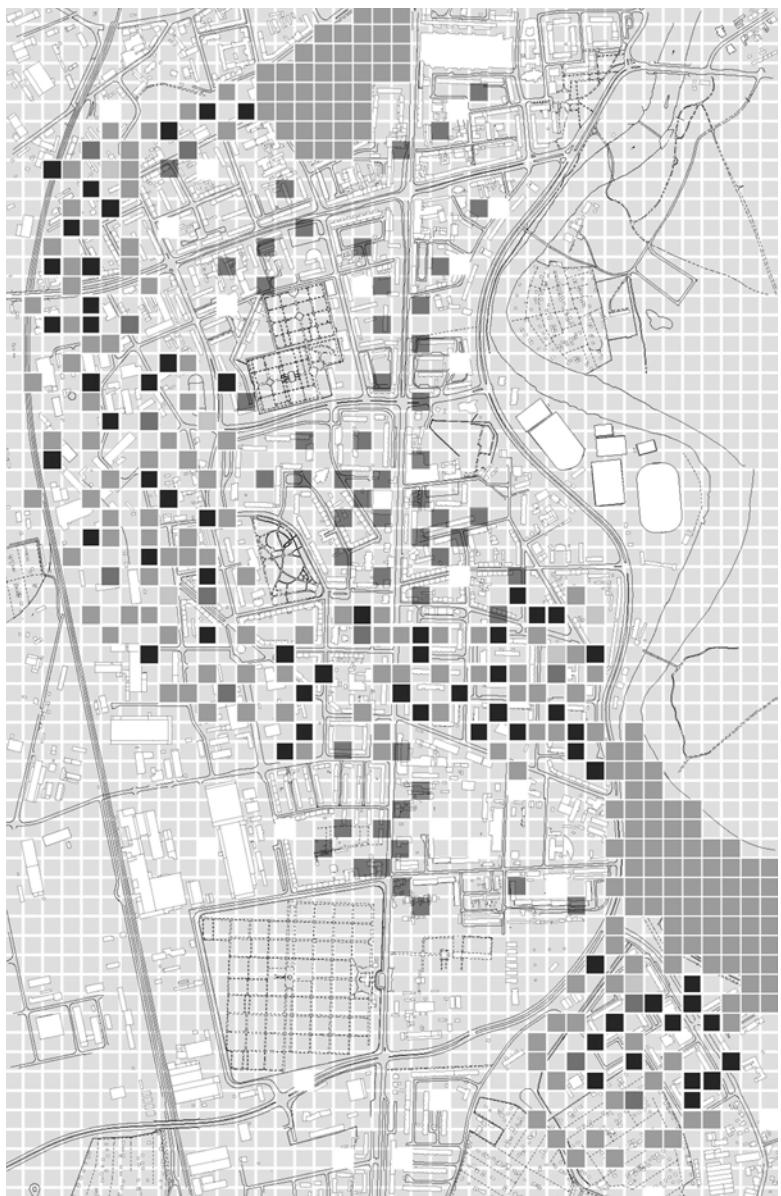
Quelle: Reckmann, Stiftung Bauhaus Dessau 2006

Gestaltungsüberlegungen vor Ort geklärt werden. Das bringt immer wieder einen Schub in den Umbauprozess.

Das Raster ist dabei ein methodischer Kniff, der im weitesten Sinne auch übertragbar ist – auch auf andere Städte, andere Räume. Das Raster gibt der entstehenden Vielfalt und der zeitlich räumlichen Unbestimmtheit eine Struktur, eine Ordnung. In der Struktur des Pixelrasters entsteht auch eine ästhetische Möglichkeit für ein Nebeneinander von Geplantem und Ungeplantem, von Kleinem und Großem, von Konventionellem und Unkonventionellem etc., was dennoch System hat. Der Raum wird nicht über Nutzungen und Funktionen »von oben« programmiert, sondern sein Charakter wird bestimmt vom Prozess der »Inkulturnahme« durch Akteure.

Die »Bürger-Claims« waren ursprünglich als temporäre Nutzungen angelegt, inzwischen haben sich einige von ihnen als dauerhaftes Gartenprojekt, Bildungsort oder Freizeitareal etabliert, manche haben sich erweitert. Auch die »Urbane Farm Dessau«, die auf Rückbauflächen einen »Quartiershof« entwickelt, sieht sich in Fortentwicklung der »Bürger-Claims«. Mit Strategien von Nah- und Selbstversorgung bei erneuerbaren Energien, Wasser, Lebensmitteln mitten in der Stadt zielt sie auf die Etablierung produktiver Nutzungsformen in städtischen Quartieren. Der »Quartiershof« bietet die nötige Infrastruktur dafür.

Abb. 5: Pixel & Claims: für eine Kultur der Interaktion und des Austauschs



Quelle: Brückner (Grafische Umsetzung: Faber), Stiftung Bauhaus Dessau 2004

Postfossile Raumgestaltung Stadt, Klima, Land(wirt)schaft

Am Ende der »IBA Stadtumbau 2010« wurden drei räumliche Szenarien entwickelt, die Zukunftsbilder für eine postfossile Gesellschaft entwarfen. Sie bildeten den Ausgangspunkt für die weitere Gestaltungsarbeit der »Stiftung Bauhaus Dessau« zu Stadt, Klima und Land(wirt)schaft.

»Die Gegenwart ist charakterisiert durch vielfältige Krisenphänomene: Finanzkrise, Klimawandel und Demografie kennzeichnen die gravierenden globalen Strukturprobleme der Gegenwartsgesellschaften. Sie stehen im Zentrum der kommenden Gestaltungsaufgaben ...«,

heißt es im Masterplan der Stiftung von 2011. Und weiter:

»Um die Fähigkeit zur Gestaltung der Zukunft zu stärken, werden Szenarien erarbeitet, die weit in die Zukunft ausgreifen und von dort aus Lösungswege für die Gegenwartsprobleme anbieten« (Stiftung Bauhaus Dessau 2010).

Die Raumszenarien widmen sich den Beziehungen von Stadt und Land, Landschaft und Landwirtschaft sowie Klima und Energie. Unter der Überschrift »Weniger ist Zukunft« zeigen sie Strategien für alternative räumliche Entwicklungspfade jenseits von Wachstum auf.

Sie nehmen die Region in den Blick, und zwar die Region in ihrem Zusammenspiel von städtischen und ländlichen Strukturen. Ein Kerngedanke: Das Auseinanderfallen der Gesellschaft spiegelt sich im Raum wider. Wir haben es mit einem Nebeneinander von wachsenden Städten und schrumpfenden Regionen zu tun. Mit ausgeräumten Agrarlandschaften und Dörfern dazwischen, deren Bewohner vor Ort keine Arbeit finden und deshalb zum Arbeiten in die nächste Stadt oder sogar ganz weit weg pendeln müssen. Wir haben es mit Räumen zu tun, in denen die Wirtschaft boomt und mit Resträumen, in denen es kein Auskommen gibt und die sich entleeren, weil die Leute wegziehen. Verbunden damit ist die räumliche »Entkopplung«: die Entkopplung von Produktion und Konsumtion, von Arbeit und Wohnen, von Landbewirtschaftung und Landbesiedlung. »Obwohl in Sachsen-Anhalt 54 Prozent der Bevölkerung in ländlichen Regionen lebt, bietet die Landwirtschaft nur etwa einem Prozent der Menschen Beschäftigung« (Veihelmann/Overmeyer 2010).

Reregionalisierung

Wie können hier Prozesse der Reintegration gestaltet werden, die zudem Perspektiven für einen nachhaltigen Verkehr, eine »Erneuerbare Energienlandschaft« und »Produktive StadtLandschaften« enthalten sowie Strategien der Erneuerung von innen heraus befördern?

Die alten Instrumente taugen dafür nicht mehr:

»[...] schon in der Vergangenheit wurde allzu sehr auf Infrastruktur gesetzt und die Ausstattung strukturschwacher Räume mit verkehrlicher Infrastruktur hat nicht zu deren Stabilisierung beigetragen. Im Gegenteil, mit der Reduzierung des Raumwiderstands wurde die Entleerung des Raums sogar beschleunigt [...] Es klingt paradox, aber es scheint mehr Sinn zu haben, den Raumwiderstand perspektivisch wieder zu erhöhen und nach endogenen Entwicklungspotenzialen [...] zu suchen« (Rettich/Dolata 2010).

Das Schlüsselwort in allen drei Szenarien heißt »Reregionalisierung«: eine Regionalisierung, die auf die lokalen »Standortbegabungen« setzt und diese auf vielfältigste Weise produktiv macht. Damit verbunden ist ein Raumbild, das dezentral organisiert ist, das Strukturen für Nah- und Selbstversorgung auf der Basis von Suffizienz schafft, in dem Natur, Ressourcen, Landschaft geschützt werden und die Menschen in regional verankerten Netzwerken und Organisationenformen miteinander aushandeln, was wann wo und wie gemacht wird.

Räumliche Leitbilder für die postfossile Gesellschaft

Eine besondere Qualität dieser Szenarien ist es, starke Bilder und Begrifflichkeiten gefunden zu haben, welche die Diskurse um Daseinsvorsorge, die zukünftige nachhaltige Energieversorgung, eine veränderte Landwirtschaftskultur und die Neuorganisation von Verkehr und Mobilität um räumliche Leitbilder bereichern. Sie dienen dazu, das vorhandene Wissen anschlussfähig zu machen, auch für Nichtplaner*innen und Laien. Diese Szenarien verstehen sich als eine Art »anschaulichen Denkens«, um Techniker*innen, Gestalter*innen und weitere Expert*innen, wie z. B. Klima- und Energieexpert*innen, zusammenzubringen.

Die Arbeit an neuen »Raumbildern« einer postfossilen Gesellschaft hilft, den Diskurs zu schärfen und über Szenarien verschiedene Optionen gebote-

nen Handelns aufzuzeigen. Sie können Räume öffnen für Modelle und Experimente. Schließlich können sie relevante Ansätze stark und damit gesellschaftlichen Einfluss geltend machen. Sie sind keine auf Forschungserkenntnissen beruhenden »alleinigen« Wahrheiten und auch keine »Zielfotos«. Sie sind vor allem »Bilder für die Kommunikation«. Wenn wir davon ausgehen, dass in einer postfossilen Gesellschaft für viele Lebens- und Wirtschaftsbereiche Prosumer*innen/Prosument*innen (vgl. Kurzja/Thiele/Klagge, Bürkner/Lange und Lamker/Schulze Dieckhoff in diesem Band) die wesentlichen Akteure sein werden, die ihre Lebensprozesse selbst gestalten, dann wird »gestalten lernen« eine wichtige Bildungsherausforderung für das Bauhaus. (Stiftung Bauhaus Dessau 2011)

Die Raumszenarien dienen dazu zu zeigen, was ist, was schief läuft und wie es anders gehen kann.

- Zeigen, was ist: »Energieavantgarde Anhalt«
- Zeigen, was schief läuft: »Energielandschaften 3.0«
- Zeigen, wie es anders gehen kann: »Produktive StadtLandschaften«

Zeigen, was ist: »Energieavantgarde Anhalt«

Sachsen-Anhalt ist ein Vorreiterland in Sachen erneuerbare Energien. Schon 1999 wurden erste Anlagen für einen Windpark auf einer Abraumhalde eines ehemaligen Tagebaus errichtet. Im gleichen Jahr wurde der Grundstein für die Solarzellenproduktion in Thalheim bei Bitterfeld gelegt. Im Juli 2001 liefen die ersten Solarzellen bei Q-Cells vom Band, bis 2012 der Einbruch kam.

Aber nicht nur diese großen Investitionen fanden statt, sondern vor allem auch kleine, privat oder gemeinschaftlich organisierte, die – das sei besonders hervorgehoben – bis heute bestehen. Sie sind in ihrer Kontinuität bemerkenswert. Dazu gehört die Wiederbelebung einer historischen (denkmalgeschützten) Wassermühle, die heute ca. 400 Haushalte mit Strom versorgt, oder das erste Bürgersolarkraftwerk Sachsen-Anhalts in Dessau, das als 10 kWp-Anlage seit über 15 Jahren Strom in das Netz einspeist. Dazu gehören sowohl Jugendbildungsprojekte, um Prinzipien einer autarken Energieversorgung kennenzulernen, wie auch eine Reihe von Architekturprojekten als Vorzeigebäude für Energieeffizienz und die Integration von Solarmodulen in die Gebäudehaut. Stellvertretend genannt sei der Neubau des Umweltbundesamts in Dessau, entworfen vom Architekturbüro Sauerbruch Hutton.

Diese Vorhaben sind im allgemeinen Bewusstsein nicht verankert, deshalb wurde zunächst kartiert und sichtbar gemacht, was vorhanden ist. Das Vorhandene neu in Wert zu setzen, ist oft der erste Schritt, um Transformationsprozesse in Gang zu setzen.

Das Zusammenbringen unterschiedlichster Akteure hat zur Gründung eines Netzwerks »Energieavantgarde Anhalt« geführt. Dieses Netzwerk aus Künstler*innen, Soziolog*innen, Bürger*innen, Techniker*innen, Unternehmen der Region wurde am Bauhaus gegründet und hat sich inzwischen als eigenständiger Verein verstetigt. Sein Schwerpunkt ist die Arbeit an einem regionalen Stromsystem, das ermöglicht, private, öffentliche wie zivilgesellschaftliche Einrichtungen sowie Bürger*innen zu Produzent*innen und Konsument*innen regional gewonnener Energie zu machen und damit der Diskussion um große Trassen für den Stromtransport etwas entgegenzusetzen.

Zeigen, was schief läuft: »Energielandschaften 3.0«

Auch das gehört zu einer Form anschaulichen Denkens: offen legen, was schief läuft. Um das Jahr 2010 herum sorgte das Projekt DESERTEC für Schlagzeilen. Ein internationales Konsortium plante, riesige Solarparks in Nordafrika und Südspanien zu bauen und den dort produzierten »Wüstenstrom« über große Leitungen u. a. nach Europa zu transportieren. »Mit erneuerbaren Energien« soll eine Struktur geschaffen werden, »die zumindest partiell noch zentralistischer wäre als das konventionelle Energiesystem«, kritisierte schon damals Herman Scheer (2010). Eine Bauhaus-Sommerschule griff das Thema auf, denn bis dato wurde das Thema vorwiegend aus einer rein technischen Perspektive betrachtet. In der Sommerschule ging es vor allem darum, auch die kulturelle, soziale und sozioökonomische Dimension einzubeziehen.

Die Meinung der Sommerschüler*innen war einhellig: Um nachhaltig Energie zu erzeugen, geht es um alternative Wirtschaftsweisen und Lebensentwürfe. »Produktion mit dem Ziel der fortlaufenden Kapitalakkumulation kann per se nicht sozial, nachhaltig und re-produktiv sein.« Sie entwarfen Konzepte einer dezentralen Versorgung mit erneuerbaren Energien, die möglichst viele Akteure in einen Kreislauf von Produktion, Speicherung und Verbrauch von Energie bringt. Sie sprachen sich dafür aus, eine Prosumerkultur zu entfalten, bei der Rückbindung an den Sozialraum, Selbstgenügsamkeit, Begrenzung und Angemessenheit zu Zielstellungen gesellschaftlichen Handelns werden. Das Modell einer von Produktion und Konsumtion

getrennten Energieversorgung wird abgelöst durch das Modell des Prosuming, bei dem vielfältige Akteure miteinander in Austausch treten – und neue Modelle des Aushandelns praktizieren (Brückner 2011).

Projekte wie DESERTEC dagegen »sind rein energiewirtschaftlich konzipiert und nicht gesamtwirtschaftlich, erst recht nicht regionalwirtschaftlich. Sie reduzieren die Zahl der Akteure, die erneuerbare Energien produzieren, statt sie zu vergrößern« (Scheer 2010).

Unmittelbar im Anschluss an die Sommerschule wurden die Ergebnisse bei einem Festival mit dem Titel »Überlebenskunst« gezeigt. Die Besucher*innen dort konnten sich gar nicht sattsehen an all den schönen Grafiken, Diagrammen und Mappings. Sie sind vor den Wänden rege miteinander ins Gespräch gekommen. Das zeigt, wie wichtig solcherart Visualisierungen sind, um einen Diskursraum über falsche und richtige Ansätze zu eröffnen und ein gemeinsames Lernen zu ermöglichen.

Zeigen, wie es anders gehen kann:

»Produktive StadtLandschaften« und »Urbane Farm Dessau«

Gesunde Lebensmittel und erneuerbare Energien dort zu produzieren, wo sie gebraucht werden, in den Städten, in den Quartieren, ist Ziel des Projekts »Urbane Farm Dessau«. Mit dem Umstieg auf nichtfossile Energieträger gewinnen Strategien von Nah- und Selbstversorgung an Bedeutung. Im Rahmen der »IBA Stadtumbau 2010« wurden in Dessau freie Flächen zunächst temporär für neue produktive Nutzungsformen, wie eine Energiepflanzenplantage oder Claims mit gärtnerischer Nutzung zur Verfügung gestellt. Mit dem Erfolg dieser Claimflächen und der zunehmenden Zahl an Brachflächen rückte die Vision einer »Produktiven StadtLandschaft« in den Blick.

Das Ziel einer »Produktiven StadtLandschaft« besteht darin, städtische Grünflächen mehr und mehr im gartenbaulichen Sinn zu kultivieren und sie auf diese Weise produktiv zu machen für lokalökonomische Kreisläufe (zum Weiterlesen siehe Brückner 2016). Das Dessauer Stadtentwicklungskonzept bietet dafür gute Voraussetzungen: Nach dem Modell der Verinselung wird die Stadt aufgegliedert in mehrere Quartiere (vgl. Stadt Dessau-Roßlau 2013). Zwischen diesen »urbanen Inseln« zieht sich Landschaft durch die Stadt, die vielfältig nutzbar ist: als klimaprojektiver Raum, für Lebensmittelproduktion, mit Retentionsflächen für Hochwasser, für Energiebänder, für gemeinschaftliche Aktivitäten der Stadtakteure. Die Verarbeitung und

Nutzung der Produkte erfolgt in den benachbarten Quartieren. Quartiere werden zu »Urbanen Fabriken«, in denen Wertschöpfung stattfindet.

Die Verwirklichung dieser Ziele braucht einen institutionellen Impuls und strukturelle Möglichkeiten zur Entfaltung. »Quartiershöfe« bieten die Infrastruktur für die Bewirtschaftung der umgebenden Flächen. Sie sind die Steuerungszentrale für die Koordinierung wirtschaftliche Aktivitäten, sorgen für sozialen Austausch und organisieren das Aushandeln, was wie auf welchen Flächen gemacht werden soll.

Die Idee, einen solchen »Quartiershof« in einem Dessauer Stadtteil zu initiieren, wurde an der »Stiftung Bauhaus Dessau« geboren. Mit einer Unterstützung aus dem Neulandgewinnerprogramm der Robert Bosch Stiftung konnte sich das Projekt im Raum entfalten – und mit Leuten aus dem Quartier vernetzen. Seit 2016 befindet sich das Projekt in eigener Trägerschaft und wird Schritt für Schritt inhaltlich wie räumlich weiterentwickelt.

Abb. 6: Zukunftsvision »Produktive StadtLandschaft«



Quelle: Brückner, Stiftung Bauhaus Dessau/Urbane Farm 2014

Was daraus folgt: Postwachstum und räumliche Planung

Hier schließt sich der Kreis: Projekte wie die »Urbane Farm Dessau« sind eine Infrastruktur, um Postwachstumsökonomien in der Praxis zu entfalten und zu erproben. Welche Ableitungen können daraus für die räumliche Implementierung von Postwachstumsszenarien getroffen werden? Welchen Beitrag können die Raumentwicklung und planerische Disziplinen bei der Entfaltung einer Postwachstumsökonomie leisten?³

Zivilgesellschaftliche Akteure sind die Treiber einer Postwachstumsökonomie. Es sind Vereine, Genossenschaften, Bürger*innen, die nach alternativen Lebens- und Wirtschaftsformen suchen, um eine stärker nachhaltig und gemeinwohlorientierte Entwicklung zu befördern – und das in Stadt und Land gleichermaßen. Es sind Akteure und Projekte, die nicht länger warten wollen, dass jemand »von oben« (vgl. Lange/Bürkner in diesem Band) das Ruder herumreißt, um die gesellschaftlichen Herausforderungen wie den Klimawandel, die Energie- und Ernährungsfrage oder den sozialen Zusammenhalt in Angriff zu nehmen, sondern die selbst aktiv werden, mit ihren eigenen Ressourcen, ihren eigenen Netzwerken, ihren eigenen Bündnissen, und zwar ganz konkret und vor Ort.

Sie schaffen mit ihren Netzwerken tatsächliche Alternativen zum vorherrschenden Wirtschaftssystem. Die Netzwerke der Ökodörfer und Transition Towns, von Solidarischer Landwirtschaft und Permakultur, Reparaturkultur und bürgergetragenen Energiegenossenschaften, sozialen Hausprojekten etc. Sie alle zeigen Wege eines anderen Wirtschaftens auf, jenseits der klassischen Verwertungslogiken und Wachstumsapologien. Sie üben Konsumverzicht, agieren in kleinen Kreisläufen, entwickeln sich in Schritt-für-Schritt-Investitionen. Sie wirtschaften solidarisch, kollektiv, ökologisch. Sie handeln nach den Grundsätzen einer Postwachstumsökonomie – schon jetzt.

Ziel müsste also sein, (Steuerungs-)Instrumente der räumlichen Planung herauszuarbeiten, mit denen wachstumskritische Ansätze unterstützt und Räume zur Entfaltung von Postwachstumsökonomien eröffnet werden.

Projekte von Akteuren, Initiativen, Vereinen sind eher »kleinkörnig«.

Sie sind ideenreich und kreativ. Sie folgen weniger einem großen Plan, sondern lösen kreative Kettenreaktionen aus. Statt der großen, raumdominierenden Investitionen gibt es eine Vielzahl an kleinen Schritten, die sich

³ Siehe dazu auch Brückner 2020.

daran orientieren, was vorhanden ist und was vor Ort produktiv gemacht werden kann – statt der einen großen Lösung also eine Vielzahl an kleinen Lösungen.

Bürgergetragene, zivilgesellschaftliche Initiativen entfalten dabei eine Dynamik, die man mit herkömmlichen Planungsinstrumenten weder planen noch steuern kann. Die klassischen Pläne sind dafür zu träge, zu förmlich, zu funktionstrennend angelegt. Stattdessen sind »offene Planungsprozesse« und »informelle Pläne« notwendig, die zeitlich und räumlich flexibel sind und die es erlauben, Ziele, Aufgaben und Wünsche immer wieder auszuhandeln, um miteinander in Interaktion treten zu können. Statt des fertigen Plans, der ein Endbild beschreibt, braucht es Planungsinstrumente, die sich als Teil der zu gestaltenden Prozesse verstehen.

Was ich in den Bauhaus-Langzeitprojekten gelernt habe, ist, dass – mit einem strukturellen Impuls »von oben« – solche Entwicklungen im Raum stimuliert, angeregt, begleitet, qualifiziert werden können.

Was könnte das sein? Ein Bundesministerium zur Förderung von Postwachstumsökonomien? Warum nicht? Stellen wir uns vor, die Bundesregierung nimmt unsere Anregung auf und schafft ein POSTWACHSTUMS-Ministerium. Was hätte es zu tun, welche Aufgaben geben wir ihm mit auf den Weg?

Schrumpfung und Wachstum planerisch zusammendenken

Schrumpfung an einem Ort produziert immer Wachstum an einem anderen Ort. Infrastrukturschwache, von Abwanderung und Schrumpfung betroffene ländliche Regionen stehen wachsenden Metropolen gegenüber. Die Leute gehen dorthin, wo sie Arbeit finden. Das bedingt Wohnungsknappheit und Grundstücksmangel in den großen Städten. Das Leben dort wird immer teurer, und es entstehen neue soziale Ungleichheiten. In der Folge werden weitere städtische Flächen versiegelt, was weder dem Klima noch der menschlichen Gesundheit guttut. Hier wäre es notwendig, beide Entwicklungen stärker in einen Zusammenhang zu bringen – das Schrumpfen in peripheren Regionen und das enorme Wachstum in den Metropolen. Stadt und Land rücken zusammen, werden Nachbarn. Und das in kleineren räumlichen Einheiten, die überschaubar und verhandelbar sind.

Boden für reproduktives Wirtschaften vorhalten

Ein wesentliches Kriterium von Postwachstum ist die Nah- und Selbstversorgung mit Wasser, Energie und Nahrung. Voraussetzung hierfür ist, dass ein nachhaltig zu bewirtschaftender Boden zur Verfügung steht. Dem steht die gegenwärtige Bodenspekulation absolut entgegen – genauso wie die Versiegelung von Flächen in großen Städten. Während in den Schrumpfungsregionen weiterhin mit viel öffentlichem Geld Gebäude abgerissen werden, sind die Bedingungen für die Reproduktion in der Stadt immer weniger gegeben. Hier wäre mit einem aktiven Bodenschutz zu agieren, und zwar auch, um gerade in großstädtischen Quartieren ganz bewusst und strukturell Grundstücke freizuhalten für den Klimaschutz, für städtische Landwirtschaft, Wasserhaltung und soziale Interaktion. Diese Flächen einer neuen städtischen Allmende können auf einem gemeinschaftlich betriebenen »Quartiershof« bewirtschaftet, verwaltet und verhandelt werden.

»Freiräume« zur Selbstermächtigung planen

Mein dritter Gedanke bezieht sich auf die vielen Initiativen, die sich der Postwachstumsidée verschrieben haben und diese bereits leben. Sie finden in den Leitbildern der Raumplanung noch zu wenig Beachtung, denn im klassischen Daseinsvorsorgediskurs geht es darum, durch den Staat die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse wiederherzustellen und zu garantieren. In Teilen des Postwachstumsdiskurses geht es hingegen um etwas ganz anderes: Es geht darum, Strukturen der Selbstermächtigung zu stärken und Rahmenbedingungen zu schaffen, damit sich diese entfalten können.

Ein möglicher Ansatz wäre, das Kohleausstiegsprogramm dafür zu nutzen: Ehemalige Bergbauareale werden so rekultiviert, dass Land- und Wasserflächen für eine kleinräumig organisierte ökologische Land- und Forstwirtschaft nutzbar und wieder produktiv gemacht werden können. Dazwischen werden klimaproduktive Räume geschaffen mit Verdunstungsräumen, kleinzelligem Wasserhaushalt und Maßnahmen zum Humusaufbau im Boden. Dazu gehört auch, Fehler aus der Vergangenheit bei der Rekultivierung von Tagebauen zu korrigieren und Maßnahmen zu ergreifen, die helfen, das gesamte System des Wasserhaushalts zu reparieren und gesunden zu lassen.

Initiativen und Akteure vor Ort bekommen Zugang zu Ressourcen wie Boden, aber auch zu leer stehenden Objekten. Sie werden unterstützt, wenn sie Ziele eines nachhaltigen und gemeinwohlorientierten Wirtschaftens verfolgen und sich an den Kriterien von Suffizienz orientieren. Bürgerunterstützungsstrukturen helfen, Projektansätze der lokalen Akteure stark zu machen. Die Fähigkeiten der Menschen zur Selbstorganisation und zur Kooperation werden gefördert und Anreize für kollektives Handeln geschaffen – und so von innen heraus eine Postwachstumsgesellschaft gestaltet.

Der Raum verändert dabei seinen Charakter: Er wird nicht über Zuweisungen und Nutzungen »von oben« programmiert, sondern von dem, was Leute vor Ort real machen. Es ist eine tätige Aneignung, die aus dem konkreten Tun der Beteiligten erwächst und ihren Wert aus den realen Gestaltungen von vielen gewinnt. Der Raum verliert an Statik. Er wird mehr und mehr zu einem lebendigen Gebilde, in dem verschiedene Dinge zugleich passieren und sich immer wieder Gestaltungsmöglichkeiten eröffnen.

Fazit

Den einen Masterplan für Postwachstum gibt es nicht. Wenn klar ist, dass sich Postwachstum in kleinen räumlichen Einheiten entwickelt, dann wird sich auch die Rolle der räumlichen Planung verändern. Sie ist nicht mehr so sehr eine Instanz, die etwas vorgibt (oder reglementiert) und zu dem man sich dann verhält, sondern wird Teil der Prozesse. In einer prozessgestaltenden Planung geht es auch darum, Strukturen, Anlässe und Gelegenheiten zu schaffen, in denen Gestaltungsräume entstehen können und Gestaltungskräfte zur Entfaltung kommen. Nicht das lineare Hinsteuern auf einen Finalplan, sondern die permanente Konfiguration und Rekonfiguration von Wissen, Formen und Bündnissen sind der eigentliche und immer wieder neu zu gestaltende Prozess. Die Rolle der Planerin oder des Planers ist, diese Prozesse zu moderieren, inhaltliche, ästhetische und ökonomische Impulse zu geben – und immer wieder Gestaltungslust zu wecken!

Abb. 7: Ohne Titel



Quelle: Stiftung Bauhaus Dessau, Archiv Industrielles Gartenreich

Literatur

BBSR – Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (2017): Laufende Raumbeobachtung des BBSR. Raumabgrenzungen. Stadt- und Gemeindetypen in Deutschland 2017. https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Raumbeobachtung/Raumabgrenzungen/deutschland/gemeinden/StadtGemeindetyp/StadtGemeindetyp_node.html (14.02.2020).

Brückner, H. (2011): Mit Gestaltung bilden. Energielandschaften 3.0 als Gestaltungsaufgabe. In: Stiftung Bauhaus Dessau: Energielandschaften 3.0. Dokumentation zur Internationalen Bauhaus-Sommerschule 2011. Dessau-Roßlau, 44–47. <https://www.bauhaus-dessau.de/2011-energy-landscapes-1.html> (13.02.2020).

Brückner, H. (2016): Produktive StadtLandschaft. Magdeburg.

Brückner, H. (2020): Einen anderen Maßstab wagen. Kleinteilige Prozessgestaltung in der Raumplanung. In: Politische Ökologie Bd. 60, Postwachstum in der Raumentwicklung, 32–38.

- MLV – Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr des Landes Sachsen-Anhalt (Hg.) (2010): Internationale Bauausstellung 2010. Weniger ist Zukunft. 19 Städte – 19 Themen. Berlin, 830–871.
- Rettich, S.; Dolata, K. (2010): Republic of Harz: Rurale Republiken und urbane Cluster-Cities. In: MLV – Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr des Landes Sachsen-Anhalt (Hg.): Internationale Bauausstellung 2010. Weniger ist Zukunft. 19 Städte – 19 Themen. Berlin 2010, 833.
- Scheer, H. (2010): Supergrids als pseudoprogressive Bremse. In: Scheer, H. (Hg.): Der energetische Imperativ. 100 Prozent jetzt: wie der vollständige Wechsel zu erneuerbaren Energien zu realisieren ist. München, 139–140.
- Scurrell, B. (2002): »Lernprozesse im industriellen Gartenreich«. In: Berliner Debatte Initial 13, 64–74.
- Stadt Dessau-Roßlau (Hg.) (2013): Räumliches Leitbild Dessau-Roßlau 2025. In: Stadt Dessau-Roßlau: Integriertes Stadtentwicklungsconcept INSEK Dessau-Roßlau 2025. Dessau-Roßlau, 55–57.
- Stein, M. (1996): Eine neue Landschaft entsteht. In: Stiftung Bauhaus Dessau (Hg.): Bauhaus Dessau. Industrielles Gartenreich. Berlin, 190.
- Stiftung Bauhaus Dessau (2010): Arbeitspapier zur Strategiediskussion, Oktober 2010 (unveröffentlicht).
- Stiftung Bauhaus Dessau (2011): Konzeptpapier zur Programmplanung. Bereich Werkstatt, 20.10.2011 (unveröffentlicht).
- Veihelmann, T.; Overmeyer, K. (2010): Was blüht unseren Landschaften? Zum Beispiel Bitterfeld-Wolfen im Jahr 2050. In: MLV – Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr des Landes Sachsen-Anhalt (Hg.): Internationale Bauausstellung 2010. Weniger ist Zukunft. 19 Städte – 19 Themen. Berlin, 847.